# Gegen jede diskriminierende Sonderbehandlung von Personengruppen Gegen die "Unterbringung" von Geflüchteten in Sammellagern Für die dauerhafte Aufnahme von Geflüchteten!

In Freiburg soll eine, vom Land finanzierte, so genannte Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge (LEA) eingerichtet werden. Schon zuvor wird in Freiburg eine sogenannte BEA, eine "bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtung", entstehen. Freiburg wird ab diesen Zeitpunkt nicht mehr für die sogenannte "Anschlussunterbringung" von Geflüchteten zuständig sein. Das vermeintlich "multikulturelle" und "weltoffene" Freiburg entzieht sich damit der Verantwortung, Geflüchtete dauerhaft aufzunehmen. Auch etwaige Illusionen, in Freiburg könnte eine LEA schöner sein als anderswo, sollten längst zerstreut sein. So wurde z.B. die geplante Belegungsdichte von maximal 1000 auf voraussichtlich 1300 Personen erhöht.

## DIE LEA IST EINE BESONDERE ART VON SAMMELLAGER.

"Die Buschtrommeln werden in Afrika signalisieren – kommt nicht nach Baden-Württemberg, dort müßt ihr ins Lager", in so ungeschminkt rassistischem Ton sprach es 1982 der damalige Ministerpräsident Lothar Späth aus, als in Baden-Württemberg das Prinzip der Sammellager entwickelt wurde. Die Idee solcher Einrichtungen war also von Anfang an Abschreckung, Kontrolle und Isolation. Die politische Rhetorik ist seither subtiler geworden – was dieselbe Wirkung nur noch mehr stabilisiert. Auch die LEA in Freiburg wird von einem Zaun umgeben sein, es wird Polizei auf dem Gelände geben, die Geflüchteten müssen ihre Fingerabdrücke abgeben, dürfen sich nicht frei bewegen, usw. Nicht zuletzt die Sammelabschiebungen in den Kosovo direkt aus der LEA Karlsruhe heraus zeigen, dass die Landeserstaufnahmestellen benötigt werden, um nahezu rechtlose Geflüchtete reibungslos und schnell an einem Ort abfertigen zu können.

## LEA STEHT ALSO FÜR LandesEilAbschiebelager.

Diese Tendenz wird aktuell immer deutlicher: Am 18. Juni 2015 beschlossen die Regierungsspitzen von Bund und Ländern, dass bestimmte Gruppen von Geflüchteten - besonders die aus Westbalkanstaaten - gar nicht erst in verschiedenen Kommunen untergebracht werden, sondern bis zu ihrer Abschiebung in den Erstaufnahmezentren bleiben müssen. Innenminister De Maiziére lobt die dadurch einfachere Abschiebung und den Abschreckungseffekt - wie 1982, nur in schöneren Worten.

Solche Einrichtungen haben eine gesamtgesellschaftliche Dimension. Hier werden Daten gesammelt, Menschen quantifiziert, in Kategorien eingeteilt, "nützlich" von vermeintlich "nutzlos" unterschieden, diszipliniert und kontrolliert. Die LEA ist Experimentierfeld und lässt sich in ihrer Funktion auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen.

Die Beschäftigung mit der LEA und eine kritische Intervention ist nicht nur Aufgabe einer antirassistischen Bewegung, sondern geht gleichzeitig alle an, die an einer Gesellschaft ohne Ausgrenzung interessiert sind, die gegen den Ausschluss zahlreicher Personengruppen aus der Gesellschaft und für eine andere Gesellschaft kämpfen.

#### Wir fordern:

- Gleiche Rechte und bedingungsloses Bleiberecht für Alle!
- Keine Aufteilung in gute und böse / "nützliche" und "nicht-nützliche" Geflüchtete!
- Bekämpfung der Ursachen von Armut und Flucht und nicht Bekämpfung der Armen und Geflüchteten durch abschreckende bzw. rassistische Sondereinrichtungen!
- Keine Kriminalisierung von Geflüchteten durch die erzwungene Abgabe von Fingerabdrücken, Polizei auf dem Gelände der LEA etc. !
- Geflüchtete müssen wie Menschen behandelt werden und sich ganz "normal" in Gemeinden anmelden können.
- Uneingeschränkter Zugang zu Sprachkursen, Gesundheitsversorgung und anwaltlicher Beratung für Alle!
- Die Menschenwürde und das Selbstbestimmungsrecht sind nicht verhandelbar und dürfen auch nicht von vermeintlicher Nützlichkeit für den Arbeitsmarkt abhängig gemacht werden!
- Keine Isolation von Geflüchteten, sowie von Obdachlosen, Erwerbslosen. Menschen mit Behinderungen und anderen diskriminierten Gruppen, vom Rest der Bevölkerung, durch Residenzpflicht, bauliche Segregation, Zäune und sonstige trennende Maßnahmen wie Zu-und Abgangskontrollen!
- Dezentrales Wohnen statt "Unterbringung" in Sondereinrichtungen!
- Es braucht einen massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, für Geflüchtete und für Alle!

#### UnterstützerInnen:

Name	Gegebenenfalls Organisation o.ä.	Ort/ PLZ	Unterschrift